



VORWORT

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

an dieser Stelle möchte ich mich noch einmal für das mir entgegengebrachte Vertrauen bedanken und die Gelegenheit nutzen, mich bei euch vorzustellen. Geboren wurde ich in Tauberbischofsheim und wuchs dort auf. Nach Beendigung meiner Schulzeit begann ich im Oktober 1987 in der damaligen V. HBPA Kassel-Niederzwehren meine Ausbildung. Bereits zur Weiterbildung wechselte ich ins Rhein-Main-Gebiet zur III. HBPA, die auch nach dem abgeschlossenen HAL meine Stammdienststelle für die Verwendung in der Bereitschaftspolizei wurde. 1995 wechselte ich nach Frankfurt zur Sonderinspektion, 1999 erfolgte die Umsetzung zum 6. Polizeirevier und 2003 zur Verkehrserziehung. Bis zu meiner Freistellung in den örtlichen Personalrat Frankfurt war ich bei der Verkehrsüberwachung eingesetzt.

Ich bin verheiratet und wohne in Frankfurt-Nieder-Eschbach.

Mein Großvater, der bei einer Landesbehörde in Baden-Württemberg als Personalrat tätig war, legte mir die Gewerkschaftsarbeit in die Wiege. Durch ihn erfuhr ich, wie wichtig es ist, in einer Gewerkschaft organisiert zu sein. Dabei spielen zwei Faktoren eine herausragende Rolle, zum einen die Interessen der Beschäftigten zu vertreten und zum anderen einen Gegenpol zur Arbeitgeberseite zu bilden. Aus diesem Grund bin ich seit 25 Jahren in der GdP aktiv. Im Jahr 2013 wurde ich zur Vorsitzenden der Bezirksgruppe Frankfurt gewählt. Mit der Personalratswahl 2016 habe ich nun das Amt der Personalratsvorsitzenden inne und bin im HPR vertreten. Über meine jüngste Wahl zur stellvertretenden Landesvorsitzenden und die vor uns liegenden Aufgaben freue ich mich sehr!

Auch wenn wir kürzlich eine Erhöhung der DuZ-Sätze erreichen konnten und eine OPE-Zulage auf unseren Nachdruck hin eingeführt wurde, gibt es nach wie vor offene Baustellen en masse: Immer noch fordern wir eine deutlichere Reduzierung der Wochenarbeitszeit! Weiterhin fordern wir vehement eine Rückkehr des

Landes Hessen in die TdL. Die Polizeibeamtinnen und -beamten in Hessen haben die längste Wochenarbeitszeit aller vergleichbaren Polizeien der Länder und des Bundes. Die Zahl der Mehrarbeitsstunden steigt seit Jahren an und befindet sich oberhalb von drei Millionen Überstunden. Aber auch die Einführung des Lebensarbeitszeitkontos (LAK) mit den einhergehenden angesparten Stunden stellt die Polizei vor unlösbare Aufgaben. Ein einfaches Beispiel kann dies veranschaulichen: **In 24 Monaten hat ein unter 50-jähriger Beamter für ca. vier Wochen Freizeitausgleich angespart. Die Freizeitphasen müssen von den restlichen Beschäftigten aufgefangen werden, wodurch diese wieder über Gebühr belastet werden.** Um diesen Teufelskreis aufzubrechen, müssen dringend Regelungen geschaffen werden, die eine andere Art der Abgeltung der LAK-Stunden möglich macht. Wenn keine intelligente Lösung geschaffen wird, führt dies unweigerlich zum Personalkollaps beim Polizeivollzug.

Der von der Landesregierung geschaffene Stellenzuwachs, für den sich die GdP stark gemacht hat, ist mit Hinblick auf die aktuellen Gegebenheiten wie in Bayern dringend erforderlich. So sollen bis zum Jahr 2020 mehr als 1000 zusätzliche Polizeivollzugsbeamte für mehr Sicherheit sorgen. Schon 2017 greift der Personalzuwachs: das Sicherheitspaket umfasst insgesamt 590 Stellen (90 Stellen für die Arbeitszeitverkürzung auf 41 Stunden + 480 neue Anwärterstellen).

Aber auch diese Stellenmehrung bringt uns in den Präsidien dazu, dass die Ausbildungsmöglichkeiten in den Behörden gestärkt werden müssen. Die Planstellen, die als Ausgleich der beabsichtigten Reduzierung der Wochenarbeitszeit auf 41 Stunden vorgesehen sind, müssen auch den Dienst-, Ermittlungsgruppen, den Kommissariaten und der Abteilung zentrale Dienste zugute kommen. Die derzeit vorhandenen Planstellen bei der Vollzugspolizei sind zur Bewältigung der vollzugspolizeilichen Aufgaben bei Weitem nicht ausreichend. Die Bemessung der benötigten voll-



Karin Schäfer

zugspolizeilichen Stellen muss sich an den bestehenden Kriminalitätsphänomenen sowie den allgegenwärtigen Gefahren, insbesondere denen des internationalen Terrorismus, ausrichten, aber auch am Personalzuwachs. Hinzu kommt die Flüchtlingspolitik der Bundesregierung, die die Bundesländer und damit die Polizei der Länder vor immer neue Herausforderungen stellt.

Auch für den Bereich Cybercrime (Always on-Cyberhome-Industrie 4.0) werden wir zusätzliche Stellen benötigen, weil hier in den nächsten Jahren nach Einschätzung von Interpol die größten Herausforderungen für die Polizei weltweit liegen werden. Für den Bereich der Vollzugspolizei fordert die GdP als eine Mitglieds-gewerkschaft im DGB deshalb auch in den kommenden Jahren eine erhöhte Ausbildungsrate. Es muss sichergestellt werden, dass alle Personalabgänge – seien es Pensionierungen, Kündigungen oder Studierende, die das Bachelorstudium nicht bestehen – umgehend und damit im Verhältnis 1:1 durch Neueinstellungen ersetzt werden. Um durch die etwa zehn Prozent Studienabgänger keine Vakanz entstehen zu lassen, halten wir eine dementsprechende Aufstockung der Einstellungszahlen für erforderlich.

Fortsetzung auf Seite 2



Fortsetzung von Seite 1

Es müssen weiter Stellenhebungen in die A 11, A 12 und A 13 erfolgen, so dass der Bauch der A 10 nicht noch weiter wächst.

Ebenfalls begrüßen wir die Einstellung von 100 zusätzlichen Wachpolizisten, die unsere Kolleginnen und Kollegen des polizeilichen Einzeldienstes erheblich in ihrer Aufgabenerfüllung unterstützen und in der Zwischenzeit eine unverzichtbare Stütze in allen Polizeipräsidien sind.

Alleine mit einem personellen Zuwachs ist es nicht getan, auch hier will die Landesregierung nun die Initiative der GdP aufgreifen und zeitnah mehr Geld in eine zeitgemäße Sicherheitsausstattung flächendeckend bereitstellen. Nicht vergessen werden darf aber dabei, dass es auch die Möglichkeiten geben muss, Ausbildung in geeigneten Trainingszentren mit genügend Personal durchzu-



führen. Also darf die Ausstattung der Trainingszentren auf gar keinen Fall vernachlässigt werden.

Jedoch ist es auch damit noch lange nicht getan! Die Arbeitsverdichtung wird infolge Personalmangels immer größer und dennoch sind wir den Politikern nicht mehr als ein mickriges Prozent mehr Lohn wert (im vergangenen Jahr gar nichts!). Dies enttäuscht mich zutiefst und ist für ein Bundesland, dessen Steuereinnahmen sprudeln, äußerst beschämend.

Fast schon vergessen ist zum Beispiel die Tatsache, dass in den vergangenen Jahren weit über 1000 Stellen in Hessens Polizeivollzug abgebaut, lange Zeit Überstunden nicht ausbezahlt wurden; dass 38,5 Stunden pro Woche das Maß aller Dinge gewesen sind und wir über ein komplettes 13. Monatsgehalt verfügten, scheint in manchen Köpfen in der Politik schon gar nicht mehr existent zu sein.

Es ist ein Unding, dass jüngere Polizeibeschäftigte in vielen Fällen gezwungen sind, aufs Land zu ziehen, weite Pendelstrecken in Kauf genommen werden, weil in Frankfurt und der näheren Umgebung keine adäquate Wohnung leistbar ist.

Daher wird es auch weiterhin unsere Aufgabe sein, für unsere Kolleginnen und Kollegen, ob im Tarifbereich oder im Beamtenbereich, für ein besseres Einkommen zu kämpfen.

Karin Schäfer

GdP-Forderung nach 1000 zusätzlichen Stellen erfüllt!



Andreas Grün

Die Landesregierung hat für das kommende Jahr 570 zusätzliche Stellen für die Polizei bereitgestellt. Zusammen mit den 140 zusätzlichen Stellen aus 2015, den 300 Vollzugsstellen, die in diesem Jahr zusätzlich eingestellt wurden, sind es 1010 Vollzugsstellen, die in drei Jahren hinzukommen.

Damit ist unsere konkrete Forderung nach mindestens 1000 zusätzlichen Vollzugsstellen für die hessische Polizei erfüllt worden. Wir haben medial und in vielen politischen Gesprächen detailliert auf die personellen Defizite und ihre Auswirkungen hingewiesen. Wir haben keinen Zweifel daran gelassen, dass die personelle Unterversorgung für fast alle Problemstellungen in der Polizei ursächlich ist.

Wir sind froh, dass unsere intensiven Beratungen gegenüber der Landesregierung auf fruchtbaren politischen Boden gefallen sind. Auch im Vergleich mit anderen Bundesländern ist diese Einstellungsinitiative ein deutliches Zeichen, dass das Land personelle und soziale Verantwortung übernommen hat und mit dieser Maßnahme auch den ständig steigenden Überstunden und der gesundheitlich Belastungssituation in der Polizei Rechnung trägt.

Die ersten 140 dieser 1010 Stellen erreichen uns in 2018, weitere 300 Stellen in 2019 und in 2020 nochmals 570 Stellen. Es wird eine gewaltige Kraftanstrengung sein, diesen zeitlichen Korridor durchzuhalten. Die GdP wird sich nachhaltig dafür einsetzen, dass der momentanen Belastungssituation Rechnung getragen wird und keine weitere Arbeitsverdichtung stattfindet.

Die 1010 zusätzlichen Stellen bei der Polizei müssen in allen belastenden Organisationseinheiten ankommen. Gleichwohl erkennen wir den Bedarf und die ungeheuren Herausforderungen durch den internationalen Terrorismus und die rasant wachsende organisierte Kriminalität/Cyberkriminalität.

Bei 1010 zusätzlichen Stellen muss auch die Stellenstruktur im Auge behalten werden. Ein solcher Zuwachs muss mit den entsprechenden Wertigkeiten im Bereich A 11, A 12 und A 13 unterlegt sein und darf nicht nur im Bereich A 9 und A 10 angesiedelt sein. Insbesondere die Berufszufriedenheit und die Karrierechancen gilt es nachhaltig zu verbessern.

**Andreas Grün,
Landesvorsitzender**



AKTUELLES

Erfüllungsübernahme von Schmerzensgeldansprüchen (§ 81 a HBG)

Seit Dezember 2015 ist diese neue gesetzliche Grundlage in Kraft. Dahinter steckt die Verfahrensweise, dass das Land Hessen bestehende Ansprüche auf Schmerzensgeld übernehmen kann, wenn es zu einem erfolglosen Vollstreckungsversuch gekommen ist.

Was bedeutet das?

Im Rahmen einer dienstlichen Handlung habt ihr einen körperlichen Schaden erlitten und vor Gericht oder im Adhäsionsverfahren einen entsprechenden Schmerzensgeldanspruch (Vollstreckungstitel) zugesprochen bekommen. Diesem

Anspruch müsst ihr nicht teilweise jahrelang „hinterherlaufen“, sondern das Land kann diese finanzielle Forderung an dem Schädiger übernehmen (Erfüllungsübernahme).

Welche Voraussetzungen gibt es für eine Inanspruchnahme des § 81 a HBG?

Tätlicher rechtswidriger Angriff im Dienst oder in Eigenschaft des Dienstes. Vollstreckungstitel von mind. 500 Euro liegt vor.

Erfolgloser Vollstreckungsversuch.

Was müsst ihr tun, wenn ihr einen solchen Titel besitzt?

Schriftl. Antrag (formlos) an Euer

Präsidium unter Beifügung des Titels. Ausschlussfrist von zwei Jahren seit Erlangung des Titels! Für Titel, die vor dem 29. 12. 2015 erlangt wurden, kann auch ein Antrag gestellt werden, wenn der Titel nicht älter als drei Jahre ist. Der Antrag muss aber innerhalb von sechs Monaten ab 29. 12. 2015 gestellt werden. Wenn dies alles zutrifft, erhaltet ihr vom Land Hessen das Schmerzensgeld bezahlt und ihr tretet den Anspruch an das Land ab, das nun selbst die Vollstreckung betreiben muss. Auch hier könnt ihr weitere Fragen an uns richten, falls es Unklarheiten gibt.

Peter Wittig

Rechtsschutz oder Regress? Was nun?

Was müsst ihr tun für den Fall der Fälle? Hier noch einmal eine kleine Hilfestellung für euch und uns:

1. Kein Anwalt ohne Rechtsschutzantrag. Bevor ihr selbst einen Anwalt einschaltet, müsst ihr einen Antrag auf Rechtsschutz über eure Kreis-/Bezirksgruppe stellen. Dies ist Teil der Satzung und zwingend erforderlich.

2. Den Rechtsschutzantrag erhaltet ihr bei euren Kreisgruppen oder der Bezirksgruppe. Sie sind bei dem Ausfüllen behilflich, wenn Fragen auftreten, die ihr nicht beantworten könnt. Die Ansprechpartner findet ihr ganz bequem über die Homepage der GdP Hessen (www.gdp.de/hessen).

Sie ist von jedem Arbeitsplatz (StAP) aus erreichbar. Aber ihr könnt auch euren Ansprechpartner telefonisch auf der Geschäftsstelle erfragen. Von dort kann euch auch ein Rechtsschutzantrag zugemailt werden.

3. Die Kreisgruppe oder Bezirksgruppe leitet den ausgefüllten Antrag mit einer Stellungnahme an die Rechtsschutzkommission weiter, von der ihr sehr schnell Antwort erhaltet über die Deckungszusage.

4. Keine Honorarvereinbarungen mit Rechtsanwälten. Wir dürfen laut Satzung nur die gesetzlichen An-

waltsgebühren ersetzen. Manchmal werden von Mandanten aber auch individuelle Honorarvereinbarungen mit Anwälten geschlossen, welche die GdP dann nicht erstatten darf. Achtet also darauf. Dies sind die einzigen formellen Regeln, die es einzuhalten gilt. Also, es gibt keine großen Hindernisse bei der Gewährung von Rechtsschutz, es sind nur ein paar kleine Dinge zu beachten, die bei Nichtbeachtung große Folgen haben können.

Und auch nochmal ein kleiner Hinweis zum Verhalten nach Regressforderungen der Behörde. Was müsst ihr nun tun?

1. Zunächst macht ihr keine Angaben zum Sachverhalt und bittet um

Einschaltung des örtlichen Personalrates nach § 75 (2) HPVG. Dies geschieht in einem Antwortschreiben an die jeweilige Abteilung Verwaltung. Gleichzeitig informiert ihr einen GdP-Vertreter in eurem Personalrat.

2. Gelingt es dem Personalrat, die grobe Fahrlässigkeit auszuräumen, hat sich die Angelegenheit erledigt. Hat die grobe Fahrlässigkeit Bestand, wird die Regressleistung von unserem Partner PVAG übernommen. Bei allen Fragen, die in diesen Zusammenhängen auftreten können, hilft oftmals auch ein kurzer Anruf auf der Geschäftsstelle bei unserer Rechtsschutzabteilung (06 11/9 92 27 20). Hier klären sich sehr schnell wichtige Fragen auf dem kurzen Weg.



Gut,
dass es sie gibt.



Gewerkschaft der Polizei



Die neuen Gesichter der Kampagne „AUCH MENSCH“

2011 hat die JUNGE GRUPPE Bund (GdP) die Kampagne „AUCH MENSCH, Polizei im Spannungsfeld zwischen Politik und Gesellschaft“ ins Leben gerufen. Auslöser war der enorme Anstieg von Gewalt gegen Polizistinnen und Polizisten. Mit der Kampagne will die JUNGE GRUPPE zeigen, dass hinter jeder Uniform, jeder Dienstmarke ein ganz normaler Mensch steckt. Mit eigenen Zukunftswünschen und Visionen.

Die Kampagne war in der Öffentlichkeit auf große Resonanz gestoßen. Trotzdem ist ihr Anlass heute aktueller denn je. Deshalb hat sich die JUNGE GRUPPE (GdP) auf der letzten Bundesjugendkonferenz dafür stark gemacht, dass „AUCH MENSCH“ fortgeführt und auf breitere Füße gestellt wird. Zu Jahresbeginn 2016 war es dann soweit, der

Start der neu aufgelegten bundesweiten Kampagne.

„Die Gesellschaft auf ein Thema aufmerksam zu machen und eine Diskussion anzuregen, gehört nach meiner Auffassung zu den Grundaufgaben einer Gewerkschaft. Das Thema „AUCH MENSCH“ liegt mir besonders am Herzen, weil es mich persönlich betrifft, wie nahezu jede Polizistin oder Polizisten. Wir haben versucht viele Emotionen in der Kampagne festzuhalten und trotzdem objektiv zu bleiben. Wir wollen kein Mitleid erzeugen, wir wollen ein Problembewusstsein schaffen.“

(Ramin Kalali, stellv. Bundesjugendvors., Projektleiter „AUCH MENSCH“ der JG Bund)

Zwei junge Polizisten (GdP-Mitglieder) aus Köln geben der Kampagne ihr Gesicht. Maike Neumann,

die Vorsitzende der JUNGEN GRUPPE Köln, und ihr Kollege Phil Ackers. Was bewegt eine junge Polizistin und einen jungen Polizisten dazu, bei der Aktion mitzuwirken und das eigene Gesicht zur Verfügung zu stellen?

Maike Neumann fand die Idee der Kampagne von Anfang an toll. „Wenn ich privat rumlaufe, pöbelt mich niemand an. Kaum trage ich eine Uniform, werde ich häufig respektlos behandelt. „Die Kampagne zeigt auf, dass wir mit und ohne Uniform ein und dieselbe Person sind“, sagt sie. Phil Ackers findet es besonders wichtig, den Bürgern klarzumachen, dass hinter jeder Uniform ein ganz normaler Mensch steckt, ein Nachbar, ein Freund, ein Vater. „Die Polizei muss immer den Menschen hinter der Tat sehen und ihr Handeln



Logo of JUNGE GRUPPE and website auchmensch.de



JUNGE GRUPPE BUND

an der Verhältnismäßigkeit ausrichten. Das wird von einem guten Polizisten erwartet“, sagt er. „Wenn das auch andersherum gelten würde, wäre das ein großer Schritt.“

Für Maike Neumann und Phil Ackers ist es von großer Bedeutung, der Kampagne ein Gesicht zu geben. Für ihre berufliche Zukunft als Polizeibeamte wünschen sich beide, dass Justiz und Politik mehr hinter der Polizei stehen.

Die JUNGE GRUPPE (GdP) zeigt mit der Kampagne seit Jahresbeginn

eine starke Medienpräsenz. Sei es über die eigene Kampagnen-Homepage oder der Facebook-Seite „AUCH MENSCH“. Auftritte im ARD mit eigens produzierten Spots bildeten dabei sicherlich bis dato neben vielen anderen Plattformen und medialen Publikationen den Höhepunkt.

Mit unserer Kampagnenarbeit wollen wir in Gesellschaft und Politik auf die signifikant gestiegene Anzahl von Gewaltstraftaten gegen unsere Kolleginnen und Kollegen

aufmerksam machen. Erklärtes Ziel ist es, die Weichen dafür zu stellen, dass gewalttätige Übergriffe auf Polizistinnen und Polizisten nicht als Normalität des polizeidienstlichen Alltags verstanden werden und auch aus Politik und Gesellschaft selbst heraus Impulse für die Verbesserung dieser Situation gegeben werden.

Besuche auch DU unsere Seite www.auchmensch.de und teile uns über Facebook.

Christoph Möhring,
stellv. Bundesjugendvorsitzender GdP)

Nachwuchssorgen

Erst werden die Bediensteten in Hessen ausgebildet, gehen dann aber wegen der schlechten Bezahlung, mangelnder Perspektive und den hohen Lebenshaltungskosten in den hessischen Metropolen wieder zurück in ihre Heimatbundesländer oder dortin, wo sie gerechter bezahlt werden.

Kommt uns sehr bekannt vor, ist aber mitnichten eine Geschichte über die hessische Polizei, sondern über die Feuerwehr in Frankfurt. Doch anders als bei der hessischen Polizei hat die Stadt Frankfurt hier das Problem erkannt. 2015 beantragten dort 29 Berufsfeuerwehrleute ihre Versetzung, zwischen 2012 und 2014 insgesamt 54. Das Innenministerium zuckt auch hier mit den

Schultern, und bedient sich des Todschlagarguments Schuldenbremse. Die Stadt Frankfurt hat reagiert und den Stellenzuschnitt angepasst. Resultat: 354 Stellen im mittleren Dienst werden besser bezahlt, und 16 zusätzliche Stellen wurden geschaffen. Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg.

Man kann nur hoffen, dass auch bei Hessens schwarz-grüner Landesregierung bald die Erkenntnis reift, dass der Kampf um die besten Köpfe bereits begonnen hat. Die zukünftigen Kollegen können mit einem Klick sehen, wie unterschiedlich die Bundesländer besolden, und können durchaus weitere Unterschiede wie z. B. eine freie Heilfürsorge und geringere Wochenarbeitszeiten einschätzen. Dass das Interesse

an der hessischen Polizei zu gering ist, konnte man bei der letzten Einstellungsrunde schmerzhaft mitverfolgen. Es wurde jeder genommen der den Test besteht, im Gegensatz zu früher, wo eine gute Punktzahl wichtig war. Nur mit größter Anstrengung konnten die Zahlen gehalten werden. Die Nachwuchssorgen bestehen nicht nur im gehobenen Dienst, nein auch im höheren Dienst wurden neuerdings die Anforderungen gesenkt. Die Lösung des Problems kann allerdings nicht ein Heruntersetzen von Einstiegsvoraussetzungen sein, sondern ein Heraufsetzen des Gehalts. Der Rest wird sich von selber ergeben.

Markus Hüschentbett

LESERBRIEF**Hessens Polizei als Familie?**

Viele hessische Polizistinnen und Polizisten sind Familienmütter und Familienväter mit Kindern. Wenn die Kinder kontinuierlich gute Leistungen erbringen oder gutes Verhalten zeigen, wird das Taschengeld erhöht oder es gibt andere Aufmerksamkeiten der Wertschätzung und des Dankes. Dies zeigt die Menschlichkeit und Wertschätzung der Familie gegenüber den Kindern.

Die obersten Landesväter, wie Herr Bouffier oder Herr Beuth, gehören der Familie der Polizei an und loben UNS immer wieder per Newsletter und sonstigen Medien, dass wir professionelle, engagierte und motivierte Arbeit leisten. Dies wird von den Landesvätern besonders bei Einsätzen im Rockermilieu, Blockupy, Bekämpfung

der Terrorgefahr, Einsatz bei Risiko-Fußballspielen und vielem anderen mehr, ausdrücklich erwähnt.

Als Dank dafür bekommen WIR das Taschengeld gekürzt und noch viel mehr. Mit der Nullrunde 2015, Ein-Prozent Gehaltserhöhung von 2016 bis 2019, Einführung des Beihilfeselbstkostenbeitrages, Reduzierung der Wochenarbeitszeit von 42 Stunden auf 41 Stunden zum 1. 8. 2017, vorher war der 1. 1. 2017 geplant, werden nur einige von vielen Kürzungen genannt.

All diese Faktoren zeigen UNS, wie menschlich verwerflich, ohne jegliche Wertschätzung unsere Landesväter mit der hessischen Familie Polizei umgehen.

Unser Vaterland Hessen ist ein Gerberland im Länderfinanzausgleich, die Steuereinnahmen sprudeln und die Zinsen sind so niedrig wie nie.

Viele Polizistinnen und Polizisten in Hessen sind soweit, dass sie sich von einer anderen Landesmutter oder anderem Landesvater adoptieren lassen würden, da es dort eine wesentlich höhere Wertschätzung und gerechtere Bezahlung gibt.

Es ist nur eine Frage der Zeit, bis die Familie der Polizei ganz zerbricht, da die Enttäuschung, Frustration und Demotivation immer größer wird.

Thorsten Pfeiffer,
Bezirksgruppe Südosthessen



Beamtenbesoldung deckeln

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich bin seit 39½ Jahren Polizeibeamter (1. 10. 1976) und habe in dieser Zeit wirklich vieles erlebt.

Angefangen von der Zeit der RAF, über Brokdorf, Wackersdorf, Startbahn – um nur einig Eckpunkte zu nennen.

(Ich hatte das „Vergnügen“, während eines Flughafen-Nachtdienstes in Frankfurt – die Lufthansa-Maschine „Landshut“ – kommend aus Mogadischu (GSG 9; Befreiung der Geiseln – die Älteren erinnern sich) noch in dieser Nacht zu betreten. Der Pilot bat uns herein.

Gerüche und sichtbare Spuren belegten, dass hier eine Entscheidung gefallen war ...).

Inzwischen bin ich Dienststellenleiter der PSt Gelnhausen.

Eines ist mir in dieser ganzen Zeit noch nicht untergekommen:

Einen derartigen Mangel an Wertschätzung der Männer und Frauen (ich sage bewusst „Männer und Frauen“ – denn es sind Menschen, die Tag für Tag ihre Haut zu Markt tragen und den Kopf für die gesamte Bevölkerung hinhalten und nicht nur „Kollegen“ – dies hat für mich etwas Mechanisches, Abstraktes) habe ich in bald vierzig Jahren Polizeidienst noch nicht erlebt.

Nicht nur dass unsere Gefährdung von Tag zu Tag zunimmt – das Risiko kann uns im Letzten keiner nehmen. Wir haben uns für diesen Beruf entschieden – wissend, dass es schnell auch einmal ganz hart kommen kann!

Spezielle Trainings und Schulungen sowie verbesserte Ausrüstung(en) minimieren das Risiko.

Wenn man aber erlebt, wie schwer sich die Bundesländer mit einer Strafverschärfung i. S. v. § 112 StGB – für Angriffe auf Polizeibeamte und andere „Berufstretter“ tun, wenn man sieht und erlebt, wie sich die hessische Landesregierung windet, wenigstens finanziell zu dokumentieren, dass ihr diese Arbeit auch wirklich etwas wert ist, dann ist es nicht mehr weit zu dem Eindruck, dass hier nur viele Lippenbekenntnisse und „Sonntagsreden“ die Runde machen.

Wenn ich in meiner jetzigen Funktion sehe, wie die Aufgabenpalette immer größer wird, neben den wiederkehrenden Stationslagen und angeordneten Kontrollen von VSK/Landesaktionstage/Blitzmarathons/WED-Prävention u. a. auch Fußball-einsätze (vor allem au-

ßerhalb der EM 2016) ebenfalls nicht wirklich weniger werden – ich erlebe, wie schwer es fällt, den nicht jünger werdenden Mitarbeitern nicht nur etwas von Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu erzählen, sondern es ihnen tatsächlich auch zu ermöglichen; wenn noch drei weitere Jahre auf eine wirkliche personelle Verstärkung gewartet werden muss (so überhaupt sich noch genügend Bewerber finden; die meisten können rechnen und begreifen, dass in anderen Bundesländern deutlich höhere Einkommen erzielt werden) und hierzu die monetäre „Wertschätzung“ in Höhe von einem satten Prozentpunkt ins Verhältnis setze, dann weiß ich, dass mir hier von der Landesregierung keinerlei Unterstützung erwächst, meine Beamten zu motivieren.

Warum es mir trotzdem gelingt (die PSt Gelnhausen kann sich aufgrund ihrer erzielten Ergebnisse sehen lassen); sie wurde und wird von den hier ausgebildeten Praktikanten in der Vergangenheit immer wieder als „hervorragende Lehrbaustelle“ bezeichnet, möchte ich hier nicht weiter diskutieren.

Hessen ist im Jahre 2001 aus der Tarifgemeinschaft der Länder ausgestiegen.

Die Beiträge zum Länderfinanzausgleich wiegen schwer, dass darf nicht kleingeredet werden.

Es ist im Grunde auch jeder Polizeibeamte bereit, wenn schon gespart werden muss, seinen Beitrag zu leisten.

Aber nach all den Nullrunden jedoch (und Tarifabschlüsse, die über 20 oder 24 Monate liefen in der Vergangenheit und einen Gesamtzuwachs von 1,6 oder 1,8 Prozent erbrachten, wurden auch als „Nullrunden“ empfunden – auf das Kalenderjahr hochgerechnet waren immer Nullen vor dem Komma; es waren eben „Nullrunden mit Geschmack“ – ähnlich einem viel zu

dünn geratenen Schorlegetränk.

Wenn jetzt jedoch festgelegt werden soll (mit Begründung einer in die Verfassung geschriebenen Schuldbremse, die unter Ökonomen ebenfalls umstritten ist), dass zukünftig nur noch einprozentige Erhöhungen möglich sein sollen – dann hat dies mit Wertschätzung der Arbeit von Polizeibeamten nichts mehr zu tun.

Mich erinnert das Ganze an einen Slogan, an eine Parole, die 1740 bereits der preußische König prägte – der „Alte Fritz“ – der da lautete: „Gespart wird – aber unten!“

Und genau so empfinden es die meisten hessischen Beamten auch heute noch.

Ob sich diese Sparerei nicht am Ende rächen wird, bleibt abzuwarten.

Zumindest die Vorzeichen sehen nicht allzu gut aus.

Anton Korn

Bild des Monats



Helmut Kreiß in Wiesbaden am 12. 7. 2016



ABSICHERUNG

Mehr Absicherung geht immer!

Was bringt eine Mitgliedschaft in der GUV/Fakulta?

Berlin, 25. ordentlicher Bundeskongress der GdP 2014. Im Foyer steht unter anderem ein Infostand der GUV/Fakulta. Was soll das sein? Da der Kongress ein strammes Programm mit vielen Beschlüssen und spannenden Diskussionen bietet, schaut eigentlich kaum einer dort vorbei. In den Pausen sind die Gespräche mit den Kolleginnen und Kollegen aus den anderen Bundesländern interessanter.

Am nächsten Tag liegt ein Flyer der GUV/Fakulta auf jedem Tisch der Delegierten. Na gut, also wird mal draufgeschaut. Es wird Schadensersatz für bei der Arbeit verursachte Schäden beworben, die Regulierung von Ansprüchen gegen ein Mitglied bei wirtschaftlicher Notlage.

Die GUV/Fakulta bietet ihren Mitgliedern Rechtsschutz und ein Krankenhaustagegeld von bis zu 600 € bei einem Unfall im Dienst.

Auch beinhaltet die Mitgliedschaft bei einem Arbeits- und Dienstunfall bei Berufsunfähigkeit eine Hilfe bis zu 12 000 €. Bei Unfalltod des Mitgliedes im Dienst bekommen Angehörige einmalig 6000 €.

Soweit, so gut. Vieles ist bereits in unserem GdP-Mitgliedsbeitrag über die Signal Iduna bestens abgesichert. Auch bekommen unsere Mitglieder Rechtsschutz über die GdP.

Vor uns Hessen saßen Kolleginnen und Kollegen aus Berlin, die genau dieses Gespräch von uns hörten. Eine Kollegin sprach uns an und sagte, dass sich hier eine Mitgliedschaft auch und gerade für GdP-Mitglieder lohnen würde. Sie erzählte, dass die GUV/Fakulta auch bei einer Geldstrafe im Zusammenhang mit einer strafrechtlichen Verurteilung im Dienst hilft. Dies würde unter den Leistungspunkt wirtschaftliche Notlage fallen. Sie schilderte folgenden Fall.

Ein Kollege verursachte bei einer Alarmfahrt im Dienst im Kreuzungsbereich einen schweren Verkehrsunfall. Er bekam von seiner GdP Rechtsschutz für einen Anwalt und war haftungsrechtlich mit seinem Mitgliedsbeitrag über die GdP bei der Signal Iduna abgesichert. Aber am Ende sollte er einen Strafbefehl über mehrere Tausend Euro bezahlen.

Hier wurde ihm fast 50 % der Summe im Zuge der wirtschaftlichen Notlage von der GUV/Fakulta erstattet.

Und das bei 1,75 € zusätzlichen Gewerkschaftsbeitrag im Monat.

Nun wurde der Flyer doch interessant. Also kann man sich als GdP-



Gewerkschaftliche
Unterstützungseinrichtung
der DGB-Gewerkschaften

Mitglied für 1,75 € monatlich noch besser im Dienst absichern. Am Stand der GUV/Fakulta bestätigte dies Markus Delnef und er hatte die ersten zwei Mitglieder aus Hessen, die bei ihm den Eintritt unterschrieben.

Über die genauen Leistungen der GUV/Fakulta könnt ihr euch auch auf der Homepage unter: www.guv-fakulta.de weitere Informationen anschauen.

Wer aus den Reihen der GdP-Kolleginnen und -Kollegen an einer Mitgliedschaft Interesse hat, kann sich

auch bei mir persönlich melden (Stefan Rüppel 05 61/9 10 10 11 oder stefan.rueppel.gdp@web.de), da die GUV/Fakulta für die GdP eine Sonderaktion hat. Kolleginnen und Kollegen zahlen die ersten 6 Monate keinen Beitrag, Kolleginnen und Kollegen in der Ausbildung im ersten Jahr sind komplett von dem Beitrag befreit.

Nach den sechs Monaten oder dem Jahr kostet die Mitgliedschaft 21 € im Jahr. Es können dort nur GdP-Mitglieder oder Angehörige einer DGB-Gewerkschaft Mitglied werden.

Die GUV/Fakulta ist keine Versicherung sondern eine Selbsthilfeeinrichtung der DGB-Gewerkschaften.

Fazit: Für alle aktiven Kolleginnen und Kollegen, die im täglichen Dienst besonderen Gefahren durch häufige Dienst- und Streifenfahrten, Alarmfahrten, Verwendung in Spezialeinheiten ausgesetzt sind und auch bei gewerkschaftlichen Tätigkeiten, lohnt sich die Mitgliedschaft auf alle Fälle. Für wenig Geld gibt es ein Mehr an Absicherung und Sicherheit.

Schaut es euch an.

Stefan Rüppel



30jähriges Dienstjubiläum PAL 107

An die ehemaligen Angehörigen des I. Zuges der 17. Hundertschaft (PAL 107) mit Einstellungsdatum Oktober 1987:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir planen rechtzeitig vor unserem 30-jährigen Dienstjubiläum ein Wiedersehen. Da nicht alle belastbaren Anschriften vorliegen, bitten wir um Rückmeldung an: jens.mohrherr@polizei.hessen.de bis zum 1. Oktober 2016.

2. Kasseler Blaulicht-Milieu-Party

15. 9. 2016, 19 Uhr
Gleis 1 im Kasseler Hauptbahnhof/
Kulturbahnhof

Die Party für alle!!! Bedienstete von Landespolizei, Studenten HfPV, Bundespolizei, Justiz, Rettungsdienst, THW, Zoll, Krankenhäuser, Berufsfeuerwehr etc.

ab 19 Uhr LIVEMUSIK mit „THE STRACKS“

ab ca.: 21 Uhr legt DJ Chilly T. auf Karten: VVK: 4 € / AK: 8 €

weitere Infos/Kartenvorverkauf:

- Polizeipräsidium Kassel/Personal-

ratsbüro (Tel.: 05 61-9 10 10 12 – Kollege Rüppel)

- Polizeipräsidium Kassel/Abteilung Z (Tel.: 05 61-9 10 43 02 – Kollegin Laura Körber)
- „Loh-Kaserne“ Baunatal (Tel.: 05 61-9 10 36 16 – Kollege Möhring)
- HfPV/4.Bereitschaftspolizeiabteilung (raschke_anna@web.de – Kollegin Anna Raschke/örtl. Studentenvertretung)
- GdP-Kreisgruppe BPOLI Kassel/Heerstraße 5 – 34119 Kassel – (Tel.:

05 61-8 16 16-45 01 – Kollege Thomas Weichert)

Veranstalter:

GdP-Bezirksgruppe Nordhessen/
JUNGE GRUPPE Nordhessen, Kontakt: 34117 Kassel – Grüner Weg 33, Tel.: 05 61-9 10-10 12

E-Mail:

gdppps@t-online.de/ christoph.moehring@gdp-jg.de

GdP-Kreisgruppe BPOLI Kassel

TERMINE

Jahreshauptversammlung der Kreisgruppe Bad Homburg

am Donnerstag, den 8. September 2016, um 16 Uhr, in 61381 Friedrichsdorf, Dreieichstraße 22, Restaurant „LUDWIG's“, Bürgerforum (ehemals Bürgerhaus)

STERBEFÄLLE

Es starben

- Rolf Albrecht**
Bezirksgruppe Frankfurt
- Philipp Arndt**
Kreisgruppe Darmstadt
- Claus Gürten**
Kreisgruppe Wiesbaden
- Matthias Lenk**
Kreisgruppe Vogelsberg
- Adolf Walter Radler**
Kreisgruppe PAST Bad Hersfeld
- Franz Voß**
Kreisgruppe HPA

Wir werden den Verstorbenen ein ehrendes Andenken bewahren!

JUBILARE

25-jähriges Gewerkschaftsjubiläum:

- Rainer Herzinger**
- Heike Hesselthaler**
- Stephanie Reichl**
- Björn Spengler**
- Oliver Stürtz**
Bezirksgruppe Frankfurt
- Thomas Wegner**
Kreisgruppe PAST Baunatal

40-jähriges Gewerkschaftsjubiläum:

- Ulrich Bick**
- Manfred Heinzl**
- Karsten Klenke**
- Waltraud Kunzi**
Bezirksgruppe Frankfurt
- Karin Reim**
- Lothar Schaub**
- Horst Lohmann**
Kreisgruppe PAST Baunatal

60-jähriges Gewerkschaftsjubiläum

- Günter Bradtke**
Bezirksgruppe Frankfurt



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe: Landesbezirk Hessen

Geschäftsstelle:
Wilhelmstraße 60a
65183 Wiesbaden
Telefon (06 11) 99 22 7-0
Telefax (06 11) 99 22 7-27

Redaktion:
Markus Hüschenbett (V.i.S.d.P.)
c/o Gewerkschaft der Polizei
Landesbezirk Hessen
Wilhelmstraße 60a
65183 Wiesbaden

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der
Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 38 vom 1. Januar 2016
Adressverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6446

